

Diese Arbeit zu bewachen, sie, wenn es nottut, bis zum Äußersten zu beschützen und zu verteidigen, das ist, so schloß der Redner, die hohe Aufgabe, zu der sich die Reichsmarine am heutigen Tage Ostpreußen gegenüber feierlich bekennt.

Rückgabe der Goethe-Reliquien durch Frankreich.

An die Stadt Frankfurt a. M.

Die französische Regierung hat anlässlich der Besichtigung der Frankfurter Messe durch die Lyoner Seidenindustrie einer Abordnung der „Chambre Syndicale des Fabricants de Soieries“ unter Führung des Wirtschaftsprüfers Etienne Fougère den Auftrag gegeben, dem Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt die offizielle Mitteilung von der Rückgabe der seit dem Jahre 1914 zurückgehaltenen Goethe-Reliquien zu übermitteln.

Fougère entledigte sich dieses Auftrages bei einem Empfang im Fürstlichen Palais des Römischen und teilte gleichzeitig mit, daß die französische Regierung den Wunsch habe, die Reliquien einer Abordnung der Stadt Frankfurt zu übergeben, die des gleichen herzlichen Empfangs sicher sein könne, den die französische Abordnung selbst in Frankfurt gefunden habe. Oberbürgermeister Dr. Landmann erwiderte, die Stadt Frankfurt betrachte die Rückgabe der Goethe-Reliquien als Zeichen des Strebens, das beide Völker befehle, alles durch Verständigung und Entgegenkommen zu erledigen, um der Menschheit, dem Frieden und der Kultur zu dienen.

Sinken der Arbeitslosenziffer.

Von 1 954 000 auf 1 661 000.

Die Zahl der arbeitslosen Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge und in der Kranksicherung ist von rund 1 954 000 am 15. Februar auf 1 661 000 am 15. März zurückgegangen. Der Rückgang beträgt also im letzten Monat 293 000, gleich 15 %.

Im einzelnen betrug die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge am 15. März 1927 1 433 000 (männlich 1 225 000, weiblich 208 000), am 1. März 1927 1 695 000 und 1 761 000 (männlich 1 509 000, weiblich 252 000) am 15. Februar 1927. Der Rückgang in der Zeit vom 1. bis 15. März beträgt also rund 257 000, gleich 15,2 %. Die Zahl der Zuschlagsempfänger (unterstützungsberechtigte Familienangehörige) ist im gleichen Zeitraum von 1 932 000 auf 1 669 000 zurückgegangen. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Kranksicherung ist in der Zeit vom 15. Februar bis zum 15. März von 193 000 (männliche 159 000, weibliche 34 000) auf 223 000 (männliche 123 000, weibliche 40 000), also um rund 30 000 gestiegen.

Neugeplante Invalidenfürsorge.

Beschlüsse des Ausschusses.

Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstages nahm unter Ablehnung aller weitergehenden Anträge der Linksparteien einen Initiativ-Gesetzentwurf der Regierungsparteien an. Der Gesetzentwurf, der am 1. Juli in Kraft treten soll, sieht folgende neue Lohnklassen und Beiträge vor:

1. Klasse bis 6 M. Wochenlohn 30 Pfg., 2. Klasse von mehr als 6 bis 12 M. 10 Pfg., 3. Klasse von mehr als 12 bis 18 M. 20 Pfg., 4. Klasse von mehr als 18 bis 24 M. 30 Pfg., 5. Klasse von mehr als 24 bis 30 M. 40 Pfg., 6. Klasse von mehr als 30 bis 36 M. 50 Pfg., 7. Klasse von mehr als 36 M. 200 Pfg.

Entgegen dem bisherigen Zustand wird nach dem gefassten Beschluß ab 1. Juli die Witwenrente bei vollendetem 65. Lebensjahr auch dann gewährt, wenn Arbeitsunfähigkeit der Witwe nicht vorliegt. Die Zuschläge auf den bis zum 30. September 1921 gültigen Lohnklassen für jede Beitragsmarke betragen ab 1. Juli in der 1. Lohnklasse 2, in der 2. Lohnklasse 4, in der 3. Lohnklasse 8, in der 4. Lohnklasse 14 und in der 5. Lohnklasse 20 Reichspfennige, sind also verdoppelt. Ferner wurde beschlossen, daß auch diejenigen Witwen die durch das Einführungsgesetz zur Reichsversicherungordnung seinerzeit vom Besorge der Hinterbliebenenrente ausgeschlossen waren, ab 1. April die Hinterbliebenenrente zuge erhalten, soweit Anspruch auf die Invalidenrente bis 1. Januar 1924 bestand. Für die bis dahin bestehenden Ansprüche auf Invalidenrente wird auch der Kinderzuschuß vom 1. April ab gewährt.

Deutscher Reichstag.

(297. Sitzung.)

OB. Berlin, 26. März.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung des Haushalts des Reichsministeriums für die besetzten Gebiete. Verbunden damit ist das Besatzungsleistungsgesetz.

Reichsfinanzier Dr. Marx.

gleichzeitig Minister für die besetzten Gebiete, erklärt, immer noch händen 75 000 Mann fremder Besatzung auf einem Gebiet, das vor dem Kriege nur 50 000 Mann Militär aufwies. Gegenüber 26 deutschen Garnisonen vor dem Kriege seien jetzt 115 alliierte Garnisonen zu verzeichnen. 9364 Wohnungen seien von der Besatzung noch beschlagnahmt. Der Minister gab der Erwartung Ausdruck, daß die zugehörige Entschädigung der Besatzungsmächte nunmehr bald erfolge. Er verwies auf die Wichtigkeit im besetzten Gebiet. Insgesamt seien 7786 Besatzungswohnungen errichtet, ferner durch Gewährung von Baudarlehen 4084 Wohnungen für die deutsche Bevölkerung, um den durch die Besatzung entzogenen Wohnraum zu ersetzen. Zurzeit fände der Reichskommissar in Koblenz in Verhandlung mit der Rheinlandkommission über die Revision des sog. Ordnungsplans.

Das deutsche Volk erwarte bestimmt, daß sich die Besatzung ständig bei Einmischung in deutsche Verhältnisse auf das objektiv notwendige Maß beschränke und daß sich namentlich Vorgänge wie bei dem Konzier-Prozess nicht wiederholten.

Auch in der Frage der Ausweisungen und Verurteilungen durch französische Kriegsgerichte würde eine beschränkte Regelung des noch unbereinigten Rechtes mit Nachdruck verlangt. Der Minister verwies dann auf den Fonds für kulturelle Zwecke, der zur geistigen Erhebung, zur kulturellen Erhaltung der Bevölkerung und für karitative Zwecke bereitstehe. Neuingesetzt seien 800 000 Mark zur Förderung von Wirtschaft und Arbeit im besetzten Gebiet, 400 000 Mark für besondere Zwecke des besetzten Gebiets und 30 Millionen zur Befreiung der Notlage bei den meisten mittleren und kleinen Betrieben in Gewerbe, Handwerk und Landwirtschaft sowie bei den Angehörigen und Arbeitern im besetzten und im geräumten Gebiet. Wie der Minister weiter ausführte, seien für laufende

Unterstützungen der Frankensänger an der Saar Grenze drei Millionen Mark eingesetzt. Der Minister schloß seine Ausführungen mit herzlichem Dank an die Bevölkerung des besetzten Gebietes, die seit langer Zeit das Leid der Besatzung mit bewundernswürdiger Geduld ertrage, und ver sprach, alles zu tun, um ein möglichst schnelles Ende der Besatzung zu erreichen.

Die Aussprache.

Abg. Frau Schiffer (Soz.) meinte, schmerzlicher noch als das übrige Deutschland habe die Bevölkerung des Rheinlandes das negative Ergebnis der Genfer Verhandlungen empfunden. Nicht einmal eine bestimmte Angabe über die geplante Herabsetzung der Besatzungsmacht sei erreicht worden. Abg. Dr. Glöckner (Dn.) erhob Einspruch gegen die Kulturschande der Fremdenlegion und wandte sich gegen die zahlreichen Zeitungsverbote im besetzten Gebiet. Abg. Reuß (Ztr.) stellte fest, daß die Hoffnungen der rheinischen Bevölkerung im wesentlichen unerfüllt geblieben seien. Die Besatzungsmacht sei sogar größer geworden. Der Redner verlangte dann möglichst schnelle Eingliederung der Saarwirtschaft in das deutsche Wirtschaftsgebiet. Abg. Dr. Japs (D. Bp.) begrüßte die Unterfütterung der Arbeiter und Angehörigen. Wer trägt dafür, daß 1926 die Besatzung ihr Ende finde, daß sie nicht unter irgendeinem Vorwande verewigt werde? Die französischen Besatzungsanlagen im besetzten Gebiet dienen nur dazu, Frankreich den Rücken freizuhalten.

Abg. Bohm (Komm.) kritisierte scharf die Tätigkeit des Ministeriums für die besetzten Gebiete.

Abg. Dr. Raschig (Dem.) befürwortete eine gemeinsame Entschädigung aller Parteien, die Regierung möge die Vorarbeiten für die Rheinbrücken bei Ludwigshafen, Speyer und Marau schleunigst in Angriff nehmen.

Abg. Jürissen (Wirtschaftspartei) vermißte die Auswirkung von Genf, Thoiry und Locarno und forderte Anschluß von Baden an das deutsche Wirtschaftsgebiet durch eine Wasserstraße.

Letzte Meldungen

Vermisste Drahtnachrichten vom 27. März.

Hindenburg zum Stapellauf der „Königsberg“.

Berlin. Der Reichspräsident hat an den Chef der Marineleitung folgendes Telegramm gerichtet: „Ich danke für die Meldung von dem heute erfolgten Stapellauf des neuen Kreuzers „Königsberg“. Möge das neue Schiff, das den Namen eines ruhmreichen Kreuzers der alten Kriegsmarine weiterleben läßt, ein tüchtiges und wertvolles Glied der jungen Reichsmarine werden! Dem Kreuzer und seiner Besatzung wünsche ich allezeit glückliche Fahrt. Hindenburg.“

Der Haushalt der besetzten Gebiete im Reichstag erledigt.

Berlin. Der Reichstag erledigte am Sonnabend den Haushalt des Reichsministeriums für die besetzten Gebiete, vertagte aber die Abstimmungen auf Montag. Auf der Tagesordnung der Montagssitzung steht die zweite Lesung des Haushalts des Reichswehrministeriums.

Bundesstagung des Deutschen Ostbundes.

Berlin. In der Aula der Hochschule für Politik wurde die diesjährige Bundesstagung des Deutschen Ostbundes eröffnet. Reichspräsident von Hindenburg hat dem Vorstand hierzu folgendes Begrüßungstelegramm geschickt: „Dem Deutschen Ostbund entbiete ich zu seiner Bundesstagung und zur Bannerweihe meine herzlichsten Grüße. Ihrer heutigen Tagung und Ihrer gesamten Arbeit wünsche ich guten Erfolg.“ In der ersten Hauptversammlung sprachen u. a. die Reichstagsabg. Frickhöfer, Mittelmann und Rudolph. Einer der hauptsächlichsten Verhandlungsgegenstände ist auch diesmal wieder die Entscheidung über den neupolitischen Prodnagen vertriebenen Deutschen. Am Sonntag fand im Saal der Philharmonie die Weihe des Bundesbanners statt.

Beethoven-Stiftung der Stadt Leipzig.

Leipzig. Der Rat der Stadt Leipzig hat zum 100jährigen Todestag Beethovens mit Zustimmung der Stadverordneten eine Beethoven-Stiftung mit einem Kapital von 50 000 Mark errichtet, deren Erträge durch jährliche Stipendien den Nachwuchs für Orchestermeister fördern sollen.

Die Breslauer Kindermordaffäre.

Breslau. Ein Strafgefangener machte vor kurzer Zeit einem Mitgefangenen gegenüber Mitteilungen, aus denen auf seine Beteiligung an dem noch unauflösbaren Kindermord, seinerzeit in Breslau, geschlossen werden konnte. In der Nacht hat sich der Betroffene plötzlich in seiner Zelle erhängt. Ob es gelungen wird, Licht in das Dunkel der Missetat zu bringen, ist wenig wahrscheinlich.

Zum Tode verurteilt.

Kleve. Wegen der wegen Mordes an der Frau des Bahnarbeiters Peters im Oktober 1926 Angeklagten wurde von dem Schwurgericht Kleve das Urteil gefällt. Die Angeklagte Christen wurde zum Tode, der Angeklagte Lohoff zu fünf Jahren Gefängnis bei Anrechnung der verübten Unterdrückungshaft verurteilt. Der Angeklagte Peters wurde freigesprochen.

Neues deutsch-polnisches Eisenbahnabkommen.

Warschau. Im Außenministerium ist ein neues deutsch-polnisches Eisenbahnabkommen unterzeichnet worden, das den Verkehr im Polnischen Korridor regelt. Deutscherseits unterzeichneten das Abkommen Gesandter Klausner und Geheimrat Karl Schult.

Einigung über das Danziger Tabakmonopol.

Danzig. Die Verhandlungen mit der polnischen Delegation über das Tabakmonopolabkommen haben zu einem befriedigenden Abschluß geführt. Es ist eine vollständige und endgültige Einigung über den Wert eines solchen Abkommens erreicht worden. Wie verlautet, soll dieses Abkommen von beiden Delegationen unterzeichnet werden.

Hestiger Sturm auf dem Atlantischen Ozean.

Paris. Seit drei Tagen herrscht auf dem Atlantischen Ozean ein gewaltiger Sturm, dessen Festigkeit mehr und mehr zunimmt. Die drahtlosen Stationen empfangen zahlreiche Notsignale von Schiffen auf hoher See. So verlor die Bark „Konstantin Reuer“ bei dem Sturm den Segelmast. Große Verheerungen wurden durch den Sturm in den Telephon- und Telegraphenverbindungen angerichtet.

Die Lage in China.

Schanghai. Die Gemetslung weht über der Nordstation von Shanghai, dem Endpunkt der Schanghai-Kanton-Bahn. Unter den Arbeiterverbänden in den chinesischen Ortschaften in der Umgegend von Schanghai herrscht lebhafter Tätigkeit, und alle Verbände werden jetzt von den Radikalen beherrscht. Der Generalsekretär der Arbeiter in Schanghai ist, wie die Chinesische Nachrichtenagentur meldet, beendet worden. Alle Schulen und Verwaltungen sind wieder geschlossen. Der oberste Führer der Kantontropen, General Chiang-Pai-Shei, verlangt von den fremden Mächten Befreiung aller Barikaden um die internationalen Niederlassungen.

Die Einladung zu den Olympischen Spielen 1928 ist durch das Niederländische Olympische Komitee jetzt an die nationalen Olympischen Komitees von 59 Ländern — durch Vermittlung der Mitglieder des I. O. A. — verhandelt worden.

Aus unserer Heimat

Wilsdruff, den 23. März 1927.

Wertblatt für den 29. März.

Sonnenaufgang	5 ¹⁴	Mondaufgang	4 ¹⁰ B.
Sonnenuntergang	6 ¹⁸	Monduntergang	1 ¹⁰ R.

1826 Joh. S. Hof gest.

Der sächsische Ministerpräsident beim Reichskanzler. Am Sonnabend hat der Ministerpräsident Heide zusammen mit dem sächsischen Gesandten Dr. Gradnauer dem Reichskanzler einen Besuch abgestattet, um die Beschwerden Sachsens wegen der Behandlung des Finanzausgleichs und anderer wichtiger Probleme durch die Reichsregierung und den Reichstag näher zu begründen und auf deren Abstellung zu dringen. Der Reichskanzler hat dem sächsischen Ministerpräsidenten erklärt, daß er nach Möglichkeit versuchen wolle, in allen diesen Dingen Abhilfe zu schaffen und die Zusicherung gegeben, daß er die vorgetragenen Beschwerden in der nächsten Sitzung des Reichsabinetts vorzutragen werde.

Aus dem Sächsischen Gesetzblatt. Das Sächsische Gesetzblatt Nr. 7 vom 25. März enthält eine Verordnung über die Abgrenzung von Gewerbeaufsichtsbereichen, eine Entschädigungsverordnung, nach der der Aktiengesellschaft Sächsischer Elektrizität für die Herstellung einer elektrischen Starkstromleitung von Regiswalde nach Schönbach das Entschädigungsrecht verliehen wird; weiter eine 18. Aenderung der Besatzungsbestimmungen, eine Verordnung zur Durchführung der Anstellungsgrundsätze für Versorgungsbeamten in den Gemeinden und eine 15. Aenderung des Beamtenbesoldungsrechtes.

Der Brandstifter im Auto gesteuert? Man nimmt an, daß er auch die Schadenfeuer in der Wilsdruffer Gegend anzettelte. Wie berichtet, hatte der 1899 zu Nidda bei Rodwisch geborene, im Stadteil Dresden-Leubniz-Neustadt wohnhafte Kaufmann, Kohlenhändler und Spediteur Alfred Paul Geibhardt am 5. März gelegentlich einer Fahrt im eigenen Auto in der Großenhainer Gegend und zwar gegen 7 Uhr abends in der Gegend auf den Feldern stehende Stroheinen vorfälligerweise in Brand gesetzt. Geibhardt war mit seinem Auto auf einem Feldwege eingeklemmt und so am Weiterfahren verhindert worden. Dieser Massenbrandstifter war zunächst dem Amtsgerichtsgefängnis in Rabenburg zugewiesen worden. Von dort aus wurde Geibhardt inzwischen nach der Heil- und Pflegeanstalt in Dresden überführt, wo er eingehend auf seinen Geisteszustand beobachtet und untersucht wird. Seit der Festnahme dieses offenbar nicht normalen Menschen haben auch gewisse Brandlegungen aufgehört, was darauf schließen läßt, in ihm den wirklich richtigen Brandstifter ermittelt zu haben, der vornehmlich auch die Wilsdruffer Gegend so unsicher gemacht hat.

Der Grund- und Hausbesitzerverein versammelte am Sonnabend seine Mitglieder in der „Tonhalle“. Herr Hildebrand hielt alle willkommen, gab die Anmeldung zweier Mitglieder, die aufgenommen wurden, und von den Eingängen ein wichtiges Rundschreiben des Zentralverbandes über Einheitsbewertungen bekannt. In dem sich anschließenden Bericht über die letzten Stadtverordnetenwahlen nahmen einen breiten Raum ein, die Vorschläge zur Grund- und Gewerbesteuer, die Beibehaltung der Musikinstrumentensteuer, die Wahl des Bürgermeisters-Stellvertreters und die beiden Anträge der Wirtschaftskammer. Nachdem die Aussprache darüber erledigt war, brachte der Vorsitzende die wichtigsten Bestimmungen aus den Sitzungen für Hypothekenschutz zur Verlesung. Er empfahl allen Grund- und Hausbesitzern warm den Beitritt. In einer noch einzuberufenden Zusammenkunft aller am Hypothekenschutz Interessierten soll weiterer Ausschluß gegeben werden. Auch können Sitzungen zur Einsichtnahme beim Vorsitzenden wie bei Herrn Paul Heilig (Neumarkt) abgeholt werden. Zu dem am 27. März in Reichen stattfindenden Bezirksrat wurde Herr Wachsenmacherstr. O. Hof als Vertreter entsandt. Weiter machte Herr Hildebrand noch folgende Mitteilungen: Bestimmungsgemäß ist die Mietzinssteuer jeweils bis zum 5. d. M. zu bezahlen. Bei späterer Bezahlung werden Verzugszinsen berechnet, sobald dieselben mindestens eine Mark betragen. Der Rechtsauschuss des Reichstages hat beschlossen, die Verzinsung wiederentzogener Hypotheken vom 1. Januar 1926 beginnen zu lassen. Es ist zu erwarten, daß auch das Pennum dem zustimmt. Die Verteilung der Mietzinssteuer, wie sie jetzt beschlossen worden ist, steht wohl als ein Entgegenkommen gegenüber den Hausbesitzern aus, aber in Wirklichkeit bezahlt in vielen Fällen der kleine Hausbesitzer infolge der Erhöhung für seine eigenen Räume mehr, als das Mehr von seinen Mietern beträgt. Von der Entziehung einer Eigenhypothek haben die Grundbesitzer bisher wenig Gebrauch gemacht. Wie wichtig dieser Rangvorbehalt ist, wurde an verschiedenen Beispielen gezeigt. Mit Verlesung der Niederschrift fand die Versammlung nach 11 Uhr ihr Ende.

Für Volksrecht und Aufwertung — Sparerbund Wilsdruff. Etwa 60 Damen und Herren hatten sich gestern nachmittags 4 Uhr im „Ader“ zu der Versammlung eingefunden, die vom Deutschen Sparerbunde einberufen worden war. Oberlehrer Henning-Reifen eröffnete sie mit einer Betrachtung der furchtbaren Folgen des Aufwertungsgebietes auf kulturellem Gebiete. Die Jugend verrotzt, Hoffnung, Glaube und Zuversicht sind gefallen, Handel und Wandel stockt. Deshalb die erste Forderung nach Wiederherstellung des alten unverbrüchlichen Rechtes und dann die Anerkennung der alten Schuld. Daran anschließend zeichnete Landtagsabgeordneter Götzling, wie das deutsche Volk in die Inflation und den Aufwertungsgebiet hineingezogen wurde. Dem deutschen Mittelstand sollte und wurde das Nidmrot gegeben, damit für die Korruption die Bahn frei war (Barmat, Kuttischer usw.). Der deutsche Sparerbund hat es sich zur Aufgabe gemacht, dem Mittelstand wieder zur Befreiung und zu seinem Rechte zu verhelfen. Er verlangt eine fünfzigprozentige Aufwertung, die Ausgabe von Schuldenerkennungen, deren Auslösung gestiftet auf drei Generationen verteilt werden. Verschiedene Wege wurden eingeschlagen: über die Parteien, über die Gerichte, auf Grund der Verfassung über das Volksrecht. Sie waren falsch. Schließlich blieb als letzter Ausweg die Gründung der Partei für Volksrecht und Aufwertung. Er war der einzig richtige. Die bisherige Tätigkeit der vier Abgeordneten im sächsischen Landtage, auf die der Redner zum Schluß näher einging, seien der beste Beweis dafür. In der folgenden Aussprache brach ein sozialdemokratischer Landarbeiter für seine Partei eine Lanze und warf der Volkspartei Inkonsequenz vor, weil sie wohl vorgebe, für die Entrechteten zu kämpfen, aber andererseits einer bürgerlichen Regierung in Sachen in die Sattel geholen und damit das Gegenteil bewirken hätte. Die Partei für Volksrecht und Aufwertung gehöre unbedingt an die Seite der wirklichen Sozialdemokraten, die Altsozialisten seien es nur noch mit dem Namen. Herr Bertram-Reifen trat